**SEBASTIAN SCHÄFFER, IDM, Wien**

**DAS DILEMMA DER GLEICHZEITIGKEIT**

**Rede vor Studierenden an der Universität in Veliko Tarnovo**

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr heute bei Ihnen sein zu dürfen und bedanke mich sehr bei Penka Angelova für die Einladung. Mein Name ist Sebastian Schäffer, ich bin Direktor des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, kurz IDM. Das IDM ist ein Think Tank, der sich seit 70 Jahren mit dem Donauraum beschäftigt, wir haben insgesamt 19 Zielländer, und im letzten Jahr, in unserem Jubiläumsjahr, wurde in jedem Land eine Veranstaltung organisiert, zusätzlich auch eine, die der Donau gewidmet war. Sowohl diese, als auch unser regionales Event in Bulgarien haben wir gemeinsam mit der Internationalen Elias Canetti Gesellschaft organisiert und dabei unsere Foto-Ausstellung „Life along the Danube“ präsentiert. Ich bin sehr dankbar, dass wir auch in diesem Fall kooperieren konnten und stolz darauf, dass unser kleines Institut ein so diverses Netzwerk in der Region hat.

Heute möchte ich mit Ihnen über eine Thematik sprechen, die Teil der Mission des IDM ist.

Wir sind nämlich der Ansicht, dass Regionen die Zukunft Europas sind. Durch die Donau und darüber hinaus verbunden, teilen die Menschen Mittel- und Südosteuropas ein gemeinsames kulturelles Erbe und stehen vor ähnlichen regionalen und globalen Herausforderungen. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als universelle europäische Werte gedeihen durch Dialog und Diskurs. Um diese Moral zu bewahren und auszubauen, sind Zusammenarbeit und Kommunikation über Grenzen hinweg die Schlüssel zu einer demokratischen, friedlichen und nachhaltigen europäischen Zukunft.

Auf diese Weise dient das Institut als multilaterale Drehscheibe für ein demokratisches und widerstandsfähiges Europa. Das IDM verkörpert regionale Zusammenarbeit!

Während der Pandemie habe ich Stefan Zweigs "Die Welt von gestern" wieder gelesen. Voll mit den Eindrücken des Europas des 20 Jahrhunderts, habe ich eine Idee aufgeschrieben, die ich "Die Welt von morgen" genannt habe. Denn wenn wir über die Europäische Union sprechen, reden wir oft über die Geschichte und die aktuellen Herausforderungen, aber viel zu selten über die Zukunft der EU. Erweiterung ging in der Geschichte der Europäischen Integration häufig mit einer Vertragsreform einher. An einem bestimmten Punkt haben wir aber, aus welchen Gründen auch immer, Vertiefung und Erweiterung entkoppelt. Und wenn Sie sich erinnern, hat Jean-Claude Junker zu Beginn seiner Kommissionspräsidentschaft gesagt, dass es in seiner Amtszeit keine Erweiterung geben wird. Es ist schon sehr seltsam, wenn man am Anfang sagt, was jedenfalls am Ende nicht passieren wird. Sollte man nicht lieber darüber sprechen, was geschehen soll?

In Junckers Amtszeit fiel auch der Brexit. Der beste Zeitpunkt, um über eine Vertragsreform zu sprechen, wäre eigentlich unmittelbar danach gewesen. Denn der Brexit an sich war natürlich ein Schock für das System, hatte aber auch drei separate, jedoch miteinander verbundene Aufgaben zur Folge, die wir hätten erledigen müssen. Wir haben nur zwei erfüllt.

Erstens mussten die Verbindungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich entkoppelt werden. Zweitens musste eine neue Grundlage für die künftige Zusammenarbeit gefunden werden. Der dritte Teil wäre gewesen, darüber zu sprechen, wie wir in der Europäischen Union zukünftig zusammenarbeiten, wenn zum ersten Mal in ihrer Geschichte jemand die EU verlässt. Das haben wir nicht getan. Wir waren nicht mutig genug.

Der zweitbeste Zeitpunkt wäre gewesen, dies im Rahmen der Konferenz über die Zukunft der Europäischen Union zu tun. Der Prozess lief ein ganzes Jahr lang. Ich bitte um Handzeichen, wer wusste, dass diese stattgefunden hat?

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiiert also einen Prozess, von dem ein Großteil der Menschen in der EU nichts mitbekommen und ist dann nicht mutig genug zu sagen, was wir damit machen. Warum führt das nicht in einen Konvent, um über eine Vertragsreform zu sprechen? Stattdessen hat der französische Präsident Emmanuel Macron die gesamte Konferenz gekapert und seine Europäische Politische Gemeinschaft vorgeschlagen, was einerseits eine solide Basis ist und bei den ersten beiden Treffen in Prag und Chișinău schöne Bilder produziert hat. Aber bereits bei der dritten Gelegenheit war es schon eine Herausforderung, wenn wir uns ansehen, was dort inhaltlich (nicht) diskutiert wurde. Aber aus verschiedenen Gründen, und ich werde am Ende meines Vortrags darauf zurückkommen, ist die Europäische Politische Gemeinschaft in der Diskussion über die Vertragsreform unterlegen. Und es ist jetzt an der Zeit, Vertiefung und Erweiterung wieder zusammenzubringen.

Als ich 2009 Interviews zum Thema Erweiterung machte, hieß es in der Europäischen Kommission, dass Serbien und vielleicht auch Montenegro als nächste Mitglieder beitreten würden, und zwar vielleicht schon 2015. Wir hören nun schon seit langem 2025. Unser Versprechen vom Gipfel von Thessaloniki, dass die restlichen Länder des Westlichen Balkan beitreten können, sobald sie die Voraussetzungen dafür erfüllen, kann in den Vereinigten Staaten legal Alkohol trinken, weil wir es vor über 21 Jahren gegeben haben. Es ist nicht viel passiert. Und jetzt haben wir einen Rahmen für 2030. Nun, es ist an der Zeit, keine Termine zu nennen und sie dann zu verschieben und nicht einzuhalten. Es ist an der Zeit, das Jahr 2030 wirklich anzustreben.

Was ist notwendig? Wenn wir uns die Geschichte anschauen, den Weg vom Vertrag von Nizza bis zum Vertrag von Lissabon, der durch den Vertrag über eine Verfassung für Europa ging, der in einem negativen Referendum in Frankreich und den Niederlanden scheiterte, und der erste Entwurf des Vertrags von Lissabon wurde auch in einem Referendum in Irland abgelehnt...Der gesamte Prozess dauerte fünfeinhalb Jahre. Wenn wir also jetzt anfangen, könnten wir, selbst wenn es viele Probleme gäbe, wie beim letzten Mal, eine Vertragsreform bis 2030 durchführen.

Auch im Hinblick auf die Erweiterung müssen wir die Dinge in Relation setzen. Wir haben neun Kandidatenländer, die eine echte Perspektive haben. Das zehnte, die Türkei, müssen wir wahrscheinlich im Moment aus vielen Gründen beiseite lassen - leider, muss ich betonen. Aber wenn wir diese neun Kandidatenländer nehmen, dann beträgt die Gesamtbevölkerung der sechs Westbalkanländer, der Ukraine, Moldau und Georgien, etwa 67 Millionen Einwohner. Wissen Sie, was auch 67 Millionen Einwohner hat? Das Vereinigte Königreich. Wir würden also einfach auf die Bevölkerungsgröße in der Europäischen Union zurückgehen, die wir bereits hatten.

Natürlich können wir das Vereinigte Königreich wirtschaftlich nicht mit diesen neun Ländern vergleichen. Natürlich wird es Herausforderungen geben. Aber wenn man in die Geschichte zurückblickt - und ich verspreche, dass dies das letzte Mal ist, dass ich heute einen historischen Bezug herstelle - wenn man in die Geschichte zurückblickt, dann waren die meisten Erweiterungsrunden nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Die überwiegende Zahl der Erweiterungen diente der Stabilisierung von Demokratien. Wir begannen 1981 mit Griechenland, 1986 dann Spanien, Portugal. Wir hatten sogar 1990 die deutsche Wiedervereinigung, und danach 2004, 2007 und zuletzt 2013.

Wir müssen auch verstehen - und ich denke, das Vereinigte Königreich lernt das gerade sehr deutlich, dass der Großteil der Wirtschaftsbeziehungen in der unmittelbaren Nachbarschaft, innerhalb der eigenen Regionen stattfindet. Die Möglichkeit, Freihandelsabkommen auf der ganzen Welt zu verhandeln, was einer der Gründe für den Brexit war, mag also etwas sein, das durchaus der Fall ist. Aber wenn wir uns aber den Großteil des Handels des Vereinigten Königreichs ansehen, geht er immer noch nach Irland, geht immer noch in den Binnenmarkt der EU. Und es war schon immer so, dass die Erweiterung und der Beitritt zum Binnenmarkt den Ländern, die bereits in der Europäischen Union waren, wirtschaftliche Chancen eröffnet hat. Deutschland zahlt doppelt so viel in den Haushalt ein wie Frankreich, profitiert aber doppelt so stark wie Frankreich von der Zugehörigkeit zum Binnenmarkt. Das müssen wir beachten, wenn wir von Nettozahlern sprechen, das ist einfache Mathematik. Ich bin Politikwissenschaftler. Ich bin nicht sehr gut mit Zahlen. Aber ich verstehe sogar, dass ich nicht den gleichen Betrag oder mehr aus etwas herausbekommen kann, den ich in etwas eingezahlt habe. Natürlich wird es immer Leute geben, die mehr in den Haushalt einzahlen, aber die Nettorechnung ist eine falsche, wenn man sagt: "Wie viel zahle ich ein, und wie viel bekomme ich heraus?", das ist höchstens Brutto.

Vielleicht erinnern Sie sich an die Diskussion 2004 über die sogenannte Osterweiterung und die Angst unter anderem in Frankreich vor dem polnischen Klempner. Ich erinnere mich an die sehr lustige Werbung des polnischen Fremdenverkehrsamtes, das einen polnischen Klempner mit den Worten "Ich bleibe in Polen, kommen Sie uns besuchen" beworben hat. Mir ist nicht bekannt, dass ein französischer Klempner sein Geschäft aufgeben musste, weil die mittel- und osteuropäischen Staaten 2004 Teil des Binnenmarktes wurden und ihnen die vier Grundfreiheiten gewährt wurden. Heute haben polnische Bauern Angst vor dem ukrainischen Weizen. Was ich damit sagen will, ist, dass wir, wenn wir uns die neuen Beitrittskandidaten ansehen, uns vielleicht daran erinnern sollten auch die Chancen und nicht nur die Herausforderungen zu sehen bzw. zu diskutieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen wie nicht nur unfair sondern auch brandgefährlich die teilweise Integration in Schengen von Bulgarien und Rumänien ist. Alle Voraussetzungen werden schon lange erfüllt, dennoch gibt es keine vollständige Zugehörigkeit. Ich befürchte das was heute Air Schengen ist, in einem anderen Fall dann die Verweigerung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für bestimmte Berufszweige zum Beispiel eben Landwirte bzw. der Agrarsektor.

Die deutsche Regierung hat die Reform und die Erweiterung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Wir wissen, dass der aktuelle Zustand der Ampelkoalition nicht wirklich das einhält, was versprochen wurde, und nicht wirklich liefert. Aber vielleicht können wir sie von Zeit zu Zeit daran erinnern. Wenn wir das oft genug tun, wie wir auch hinsichtlich Waffenlieferungen an die Ukraine gesehen haben, bewegt sich vielleicht etwas. Auch aus dem Kanzleramt in Österreich können Signale in Richtung Vertragsreform vernommen werden. Natürlich ist das in rund der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten nicht der Fall. Ich denke aber, wir sollten die verschiedenen Argumente nutzen und darüber sprechen, wie wir vielleicht endlich, wie gesagt, Vertiefung und Erweiterung wieder zusammenführen können.

Und wenn die Verhandlungen über einen neuen Vertrag scheitern, haben wir immer noch den Vertrag von Lissabon. Es ist ein gut funktionierender Vertrag. Es besteht die Möglichkeit mit Passerelle-Klauseln und der Ausweitung der qualifizierten Mehrheit und ohne Revision Reformen anzustoßen. Wir könnten die Anzahl der Kommissare reduzieren. Hierfür brauchen wir keinen neuen Vertrag. Das ist alles möglich. Es ist alles im Bereich des Vertrags von Lissabon. Aber das ist der Plan B, würde ich sagen. Und es ist zumindest noch ein Mal Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten notwendig.

Wir sollten einen Plan B haben, weil die EU und ihre Mitgliedstaaten leider die meiste Zeit nicht einmal einen Plan A haben. Aber selbst, wenn sie einen Plan A haben, haben sie keinen Plan B. Wir müssen zu einem proaktiven Akteur werden. Die Europäische Union ist noch weit davon entfernt die von der Kommissionspräsidentin ausgerufene geopolitische Union zu werden. Es wäre ein erster Schritt, eine proaktive Union zu werden, anstatt eine reaktive Union zu sein. Oder um es vielleicht anders zu formulieren, anstelle von "Spitzenkandidaten" sollten wir "Spitzenprogramme" haben und uns endlich wieder auf Inhalte konzentrieren.

Es wird Herausforderungen geben. Es wird Hindernisse auf dem Weg geben. Aber jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt, und wir sollten diesen ersten Schritt tun und die Kluft zwischen einem neuen Vertrag und der Erweiterung überbrücken.

Etwas, das ich zusammen mit Ulrich Schneckener, Professor an der Universität Osnabrück, in den letzten anderthalb Jahren entwickelt habe, heißt Erweiterter Europäischer Rat. Ein Vorschlag, die zuvor erwähnte Europäischen Politischen Gemeinschaft auf ein weiteres Level zu heben, weil die EPG bereits in den 1950er Jahren – ironischerweise in der französischen Nationalversammlung - gescheitert ist.

Der Erweiterte Europäische Rat wäre nicht nur ein Ort der gegenseitigen Konsultation, sondern als echtes Beschlussgremium konzipiert. Die Bezeichnung verdeutlicht eine enge Anbindung an die Institutionen der EU und Treffen würden entweder vor oder nach einem Europäischen Rat stattfinden.

Dabei sollte der Fokus auf Themen regionaler, europäischer und globaler Sicherheit liegen, aber auch andere Politikfelder wie Klima-, Energie-, Handels-, Mobilitäts-, Infrastruktur-, Forschungs- und Technologiepolitik abdecken.

Damit erhalten Nicht-EU-Staaten mehr Mitsprache in europäischen Angelegenheiten und der Erweiterte Europäische Rat erleichtert den Übergang vom Kandidaten- zum Mitgliedsstatus, weil man dann einfach irgendwann am Tisch sitzen bleibt, wenn der Europäische Rat im Anschluss oder davor tagt. Es bleibt darüber hinaus auch ein Angebot für jene, die nicht der EU beitreten wollen bzw. ausgetreten sind.

Außen- und Sicherheitspolitik würde damit auf eine breitere Grundlage gestellt und die Rolle der EU als regionaler und globaler Akteur gestärkt. Letztendlich könnte die vielfach beschworene „strategische Autonomie“ mit Leben gefüllt werden.

Wir brauchen neue Ideen. Von mir aus auch alte Ideen. Hauptsache wir sind endlich mutig genug sie zu diskutieren und am Ende auch etwas umzusetzen. Grau ist alle Theorie und hier will ich mich zum Abschluss auf Claus Offe beziehen: Wir befinden uns momentan in einer Situation, die ich das Dilemma der Gleichzeitigkeit 2.0 nenne. Anders als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990er Jahren, als es in Mittel- und Osteuropa die Herausforderung gab, sich gleichzeitig nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich bis hin zu Staatsbildungsprozessen zu entwickeln, bezieht sich dieses Dilemma der Gleichzeitigkeit eher auf die Europäische Union.

Wir brauchen eine Reform des Erweiterungsprozesses, wir brauchen eine institutionelle Reform und wir müssen endlich bereit sein, das Versprechen einer geopolitischen Union einzulösen, und das alles gleichzeitig unter den gegenwärtigen geopolitischen Bedingungen. Wir sollten nicht mehr die Ausrede benutzen, dass wir eine Reform brauchen, bevor wir erweitern können, um diesen Prozess zu verlängern. Denn sonst droht uns die Ungleichzeitigkeit im Bloch‘schen Sinne und das kann nun wirklich niemand wollen.